

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 16

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Dokument

E. G., Leningrad:

«Linke» Künstler auf Abschussliste!

Im Mai 1976 hat ein nonkonformistischer Leningrader Künstler Informationen über die beklommene Lage der «linken Experimentatoren und Avantgardisten» dem Samisdat übergeben. Wir bringen eine teilweise gekürzte Fassung dieses Dokuments (russisch publiziert in «Possev», Frankfurt/M., Juli 1976).

Die Ausgangslage: Alle Nonkonformisten befinden sich in einer «praktisch »illegalen« Position», sie müssen ihre Arbeiten fast gänzlich vor den offiziellen Kunstfunktionären «verstecken».

«Das Schaffen der sog. »linken« Künstler wird nun schon jahrelang von Geschimpfe begleitet und dient als Plattform für Angriffe seitens der offiziellen Presse (so in den Zeitungen »Wetschernjaja Moskwa«, »Moskowskij rabotschij«, »Leningradskaja prawda« u. a. m.). Andererseits bringen die Zeitungen idyllische Meldungen über die »fortschrittliche« Sowjetkultur, in der selbstredend für den pathetisch-hooliganischen Radikalismus der Avantgardisten kein Raum ist.» Bekanntlich verliefen die zahlreichen Ausstellungen von Leningrader Künstlern — in Wohnungen, Studios und Studentenklubs — «nicht ohne tendenziöse antisowjetische Interpretation...», ja viele solche Ausstellungen wurden von den Machtorganen einfach auseinandergetrieben oder geschlossen» (eine Liste folgt). Tatsächlich verhalten sich die Maler apolitisch

Es wird mit grossem Aufwand ein exemplarischer Prozess vorbereitet

und verzichten darauf, «sich von den »Forderungen des sozialen Gewissens« leiten zu lassen»; das hindert indes die Offiziellen nicht, alles zu tun, um den breiten Schichten der Öffentlichkeit ihre Bilder vorzuenthalten. «Die Normen, die traditionellerweise in der Geschichte der Kunst gültig sind, werden eindeutig verletzt.»

Dies zeigt sich gerade anhand der wenigen durchgeführten Ausstellungen inoffizieller Kunst in Moskau und Leningrad seit dem 15. September 1974 (als eine nichtgenehmigte Ausstellung mit Bulldozern «beendet» wurde): sie «verliefen bei angstvollster Anteilnahme des KGB und speziell trainierter Polizeieinheiten, die mit Funkgeräten und anderen Apparaten ausgerüstet waren. Ungeachtet des gewaltigen Interesses der Öffentlichkeit und Tausender dankbarer Echos blieben die Ausstellungsfristen auf ein Minimum beschränkt.»

Sogar im strikt künstlerischen Bereich wird also «die schon immer vorhanden gewesene Opposition der Kunst gegenüber der gewöhnlichen offiziellen akademischen Manier» solcherweise durch «unrichtiges Verhalten» (seitens der Behörden bzw. der Kulturpolitiker) beeinträchtigt: «Heute kommt es in Russland zu dieser Verletzung der Unabhängigkeit und Autonomie der Kunst. Es vollzieht sich eine Identifizierung von

Kunst und Ideologie; jede beliebige wertvolle Tätigkeit begegnet... fast immer gewissen Hindernissen, es lautet ihr die Gefahr einer Bestrafung. Und dies sogar dann, wenn die Schuld fiktiv und nicht von Fakten bestätigt ist. Praktisch jede Tätigkeit, die über den Rahmen der offiziellen Ideologie hinausgeht, wird als etwas Verdächtiges aufgefasst, das nach Repression ruft; wird als politisch feindseliger Akt beurteilt.»

Die moderne russische Kunst, vom Stalinismus vernichtet, begann 1957 rehabilitiert zu werden und hat seither «einen grossen Schritt vorwärts getan». Doch der moralische Umschwung 1968 führte direkt zur «anhaltenden Kunst-Krise, die bis 1974 andauerte.»

«Heute, nach einigen kleineren Erfolgen, verflüchtigen sich die Aussichten und der Sinn der gemeinsamen Sache; es verstärkt sich die Lebensmüdigkeit, Unbefriedigtheit und Partisanenhaltung [partisanschtschina] der Künstler. Wer als Kunstschaffender leben und arbeiten will, muss das unter stetiger Beschattung und Provokation tun. Die Vorladungen vor das UWD [örtliches Amt für Innere Angelegenheiten], die Durchsuchungen auf den Strassen und in den Ateliers (ohne Wissen der Inhaber und ohne juristische Sanktion) sind häufiger geworden.»

Hausarrest, Abhören von Ateliers, Wohnungen und Telefonen, Beschattung — auch der Bekanntenkreis der Maler ist betroffen. Die Behördenvertreter «in Gestalt des Kulturministeriums» verweigerten ihnen immer wieder Räumlichkeiten für eigene Ausstellungen und luden sie stattdessen zur Teilnahme an offiziellen Kunstausstellungen ein, «die berufen sind, die Heldentaten der Erbauer des Kommunismus, der Helden der Fünfjahrespläne zu ehren. So wird versucht, den Malern eine ganze Reihe von Geboten aufzuzwingen wie das der Parteilichkeit, der Volksnähe, der Treue gegenüber den Prinzipien des Sozialismus. Das bringt die Maler unausweichlich auf den Gedanken, sich gegen die Entwertung und Abtötung im Bereich von Kultur und Kunst zu wehren.»

«Deshalb werden in ihr Milieu immer häufiger Spione und Agenten des KGB eingeschleust»; doch gelang es einer Gruppe von Leningrader

Malern vor kurzem, einen Plan der Organe aufzufliegen zu lassen: «Ein Prozess gegen Maler und Literaten Leningrads sollte im Frühjahr 1976 gestartet werden. Man entlarvte mehrere qualifizierte KGB-Agenten, die jahrelang im Organisationskomitee der Leningrader Künstler und in der Lyriker-Initiativgruppe gearbeitet hatten.» KGB-Beamte hatten schon sorgfältig Material gesammelt — etwa mittels Haussuchungen bei I. Sachárow, W. Netschajew, I. Sinjawnin und F. Gumenjuk, jeweils in deren Abwesenheit. «Nicht ungefährlich ist es auch, eine Strasse

Die Intelligenzia sieht sich gezwungen, die Heimat zu verlassen

lang zu gehen: jeden Augenblick kann man Sie anhalten, durchsuchen oder einfach in ein Auto setzen und in unbekannter Richtung entführen. In letzter Zeit tätigt das KGB eine intensiviertere Anwerbung von Kadern in verschiedenen Institutionen. Sie scheuen sich nicht, zwecks Fabrikation einer Schuld falsche Daten zu benutzen.»

«Offensichtlich wurde der in Vorbereitung befindliche Prozess nur wegen der Entlarvung auf unbestimmte Zeit verschoben. Ueber 100 Maler und Lyriker, die nicht mit der offiziellen Kunst sympathisieren, werden als politische Feinde betrachtet und sehen sich gezwungen, in ständiger Bedrohung durch Repression, Beschattung und Gewaltakte zu leben. Das natürliche Bedürfnis der Künstler — zu schaffen — macht sie in der heutigen Situation in Russland zu Feinden.»

«Da die Voraussetzungen zu schöpferischer Tätigkeit fehlen und es unmöglich ist, in der herrschenden KZ-Atmosphäre seine Einfälle zur Ausführung zu bringen, ist der fortschrittliche Teil der Intelligenzia, so traurig dies ist, gezwungen, die Heimat zu verlassen, der sie einen unschätzbaren Dienst tun könnte. Die bestehenden KZ-Bedingungen sind kaum dazu angetan, die schöpferische Initiative anzufachen. Zweifellos versuchen junge Künstler, die Wände dieses Lagers zu überwinden, sich aus dem Labyrinth der Fatalität zu befreien, aber all das sind nur illusorische und kurzfristige Eskapaden.»

(Die Auszeichnungen sind von der Red. ZB.)

FACETTEN zum Alltag drüben

Nach Berichten der polnischen Presse hat der Dreisternegeneral Jaruzelski, Mitglied des Politbüros und Verteidigungsminister, einen Truppenübungsplatz in Pommern besucht.

Die Meldung ist nicht nur von Interesse, weil sie am Vortag des Nationalfeiertages veröffentlicht worden ist, oder weil sie in Verbindung mit den Arbeiterunruhen von Ende Juni gesehen werden kann.

Bedeutungsvoll ist vor allem der Hinweis, dass auf diesem Militärplatz polnische und sowjetische Truppen gemeinsam üben. «Der Minister interessierte sich sehr für die Ergebnisse dieser

neuen Form der Zusammenarbeit und internationalistischen Erziehung von Soldaten brüderlicher Armeen.»

Offensichtlich soll das Volk langsam darauf vorbereitet werden, dass die Armeespitze heute — im Gegensatz zu 1956 — nicht mehr auf seiten der polnischen Arbeiter, sondern der sowjetischen Machthaber steht. Weitere Proteste des Volkes, ähnlich jenen vom Dezember 1970 oder vom Juni 1976, werden unter diesen Umständen kaum mehr eine Kursänderung, sondern eine «gemeinsame Aktion» der «brüderlichen Armeen» zur Unterdrückung freier Meinungsäusserungen auslösen.



Die unlängst in Moskau gegründete «Gruppe zur Förderung der Einhaltung der Leitsätze der KSZE-Schlussakte» hat die sowjetischen Behörden der Verletzung dieser Helsinki-Dokumente angeklagt, namentlich jener Punkte, die freie

zwischenmenschliche Kontakte betreffen. Der Protest der Gruppe, die vom korrespondierenden Mitglied der armenischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Jurij Orlow, geleitet wird, ist an die Botschaften der Länder gerichtet, welche die Schlussakte unterzeichnet haben.

In der Erklärung wird eine ganze Reihe von Vorfällen der letzten Monate erwähnt: Störungen bei internationalen Telefongesprächen; die Ausschaltung zahlreicher Telephonapparate, nachdem deren Besitzer Gespräche mit dem Ausland geführt hatten; Mahnungen, das Telephon nicht zu «antisowjetischen Zwecken» zu missbrauchen; Beschlagnahme ausländischer Korrespondenz; das Verbot, aus dem Ausland Bücher und Zeitschriften zu beziehen.

Prof. Orlow überreichte ausländischen Korrespondenten in Moskau einen Appell an die Signatarstaaten des Schlussdokumentes von Helsinki mit der Bitte, sie möchten die «Gruppe» vor allfälligen Repressionen von seiten der sowjetischen

Behörden schützen helfen. Er gab bekannt, dass er und weitere «Gruppen»-Mitglieder vom KGB beschattet werden. Unlängst bezeichnete TASS diese «Gruppe» als eine «illegale Organisation» — ein schlimmes Zeichen.



Zwei *Metallurgiebetriebe* lieferten 1973 für den Bau von Gasleitungen Rohre mit einer Wandstärke von 11 bis 13 mm anstelle der im Projekt vorgesehenen 9 bis 11 mm. Die Leistung der Rohrwalzanlagen war in diesen Betrieben infolgedessen hocheffektiv, der Plan, der *nach Tonnen abgerechnet wird*, wurde schnell erfüllt und ein hoher Gewinn erzielt. Doch den Erbauern der Gasleitungen fehlten dadurch für eine Länge von 220 km die Rohre, weil der Mehrverbrauch an Metall etwa 100 000 Tonnen betrug. Der Mehraufwand für den Bau des Objekts machte daher 13 Millionen Rubel aus.

Wird zu verfolgen sein:

Eine neue Frontorganisation

Der 200. Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung war Anlass, in Algier die «Charta der Rechte der Völker» zu proklamieren. Wer mit sowjetischen Infiltrationstaktiken vertraut ist und über diese Proklamation in Blättern der gemässigten wie der extremen Linken liest, wird aufmerksam. Die Charta wurde formuliert von einer «Internationalen Stiftung für die Rechte und die Befreiung der Völker» (mit Sitz in der Schweiz) und einer gleichnamigen Liga, die ihren Sitz in Italien und Sektionen in mehreren Ländern hat.

«Rechts», «Befreiung» und «Völker» sind ebenso verfängliche Reizworte wie «Frieden», «Jugend» und «Anti-Atom». Der Verdacht, dass es sich hier um eine neue Frontorganisation im Dienste der kommunistischen Weltrevolution und des Sowjetimperialismus handelt, ist nicht von der Hand zu weisen. Er verdichtet sich bei Sätzen wie: *Im Laufe von 200 Jahren haben sich die USA zur imperialistischen Macht Nr. 1 entwickelt, die das von ihr proklamierte ‚gleiche Recht für alle‘ systematisch mit Füßen tritt... Wir können uns nicht mehr darauf beschränken, die Verletzung der Menschenrechte zu verurteilen, als wäre es möglich, diese Verletzungen auszumerzen, dieweil das System bestehen bleibt. Nur wenn wir das System bekämpfen, kämpfen wir wirklich gegen diese Verletzungen... Heute gibt es eine konkrete Tendenz des zum Imperialismus ausgewachsenen Kapitalismus, andere Völker auszubeuten, ihre Reichtümer zu stehlen und zu diesem Zweck Militärdiktaturen und faschistische Regimes einzusetzen... Der Imperialismus ist eine indirekte Herrschaft durch die Multinationalen.»*

Der Verdacht, dass diese Neugründung eine Frontorganisation sei, wird zur Gewissheit, wenn man die Berichte von Algier liest. Die Kongressteilnehmer kamen überein, dass der «Unterdrückung im Dienste des Profits für einige wenige in letzter Konsequenz nur bewaffneter Widerstand entgegengesetzt werden könne». Und in der

Charta wird verkündet: **«Alle Völker haben das Recht, für ihre Befreiung zu kämpfen, wenn sie unterjocht werden, und in ihrem Kampf die Unterstützung anderer Völker in Anspruch zu nehmen.»**

Im Klartext heisst das: Die tschechischen Stalinisten dürfen die sowjetische Militärbesetzung verlangen, das Volk darf keine westliche Hilfe erhalten. Die MPLA in Angola darf kubanische Söldlinge einladen, die FNLA oder die Unita dürfen keiner westlichen Unterstützung teilhaftig werden. Und: die Esten, Letten und Litauer, die Ungaren, Polen und Vietnamesen sind befreit, weil besetzt. Es handelt sich also um eine eindeutige Rezeption der Breschnew-Doktrin im Westen.

Initiant und Gründer dieser neuen Frontorganisation ist der ehemalige Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens und Vorsitzender des Russell-Tribunals II, Lelio Basso. Im Stiftungsrat sitzen zwei Schweizer, die sich um eine schweizerische Sektion der Liga bemühen. Dazu der Genfer Rechtsanwalt Denis Payot: «Wir müssen der Charta einen klaren antiimperialistischen, antikapitalistischen, progressiven Charakter geben.»

Man wird sich diese Zitate merken müssen. Sie liessen sich mit ungleich mehr Berechtigung auf die Sowjetunion anwenden: «Wir können uns nicht mehr darauf beschränken, die Verletzung der Menschenrechte zu verurteilen, als wäre es möglich, diese Verletzungen auszumerzen, dieweil das System bestehen bleibt. Nur wenn wir das System bekämpfen, kämpfen wir gegen diese Verletzungen...»

Es war nicht zu übersehen, dass die Frontorganisationen mehr und mehr auf neuen Kollisionskurs gesetzt werden, der zu Zeiten des kalten Krieges dem «billigen Antikommunismus» angelastet worden ist. Das zeigt sich unter anderem an dem bedauerlichen Wiederaufleben wirtschaftlicher und sportlicher Boykottmassnahmen — nur in umgekehrter Richtung. V. P.

ZEITBILD

erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch
Telegramm Schweizost
Postcheck ZeitBild 30-24616. Banken: Spar + Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Hanni Tarsis, Prof. Dr. Laszlo Revesz,
Predislav Kuburovic, Ian Tickle,
Dr. Ernest Schmid, Dr. Max Keller

Korrespondenten

Oskar Angelus (Lund), Georg Bruderer (Bern), Dr. Alphonse Max (Montevideo), Dr. Michael Stemmer (Tel Aviv), Valerij Tarsis (Bern)

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigenstarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 6

Druck und Versand

Verbandsdruckerei AG Bern
Maulbeerstrasse 10, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information über internationale Entwicklungen

SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)
SOI-Bilanz
(monatl. Kurzanalyse der internationalen Lage)
Informationsdienst (Uebersicht über die Presse kommunistischer Staaten)
Wirtschaftsdienst (Wirtschaftsentwicklung Osteuropas)
Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die Presse Schweiz)
Swiss Press Review and News Report (Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung (kostenlose Uebersicht: Das aktuelle Buch)
Verlag (Taschenbuchreihe Tatsachen und Meinungen)

Polnische Ratschläge zur Sauregurkenzeit

